

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich, fernsprech-Anschluß Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Angabe der Redaktion: Die Anzeigenpreise für Anzeigen sind nach dem Umfang und dem Inhalt zu bestimmen. — Preis für 10 Zeilen, 10 Tage, 1000 Exemplare 100 Mark. — Preis für 10 Zeilen, 10 Tage, 500 Exemplare 50 Mark. — Preis für 10 Zeilen, 10 Tage, 250 Exemplare 25 Mark. — Preis für 10 Zeilen, 10 Tage, 100 Exemplare 10 Mark. — Preis für 10 Zeilen, 10 Tage, 50 Exemplare 5 Mark. — Preis für 10 Zeilen, 10 Tage, 25 Exemplare 2 Mark. — Preis für 10 Zeilen, 10 Tage, 10 Exemplare 1 Mark. — Preis für 10 Zeilen, 10 Tage, 5 Exemplare 0,50 Mark. — Preis für 10 Zeilen, 10 Tage, 2 Exemplare 0,25 Mark. — Preis für 10 Zeilen, 10 Tage, 1 Exemplar 0,125 Mark.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 202

Sonntag, den 28. August 1932

27. Jahrgang

# Zwangsanleihe vom Vermögen geplant

Die Schlussberatungen des Reichskabinetts über das Wirtschaftsprogramm haben gestern vormittag begonnen und werden bis Sonnabend-Abend dauern, so daß die Rede, die der Kanzler am Sonntag in Münster über den Wirtschaftskrisenplan hält — diese Rede wird am Sonntag, mittags 12 Uhr, auf alle deutschen Sender übertragen — voraussichtlich erst am Sonnabend-Abend oder auf der Reise nach Münster in ihren Einzelheiten fertiggestellt werden kann. Die amtlichen Stellen bewahren über die im Augenblick im Kabinett behandelten Einzelfragen selbstverständlich strenges Stillschweigen, da in mehreren Punkten erst noch wichtige Entscheidungen getroffen werden müssen. Das gilt zum Beispiel auch von dem Plane einer dreiprozentigen

### Zwangsanleihe vom Vermögen

Ähnliche Pläne für die Arbeitsbeschaffung sind bereits in diesem Frühjahr im Kabinett zur Diskussion gekommen. Entsprechend ihren allgemeinen wirtschaftspolitischen Absichten will die Regierung dabei eine neue Belastung der Produktion vermeiden, und deshalb soll anscheinend die Land- und Industrie von der Zwangsanleihe weitgehend ausgenommen und die Industrie durch Steuererleichterungen entschädigt werden. Welcher Art diese Steuererleichterungen sein sollen, ist aber zunächst noch vollkommen unklar. In gewissen Bankkreisen spricht man von einer derartigen Anleihe in Höhe von 2 bis 3 Milliarden Reichsmark. Die augenblickliche Vermögenssteuer von 3 v. T. hat im letzten Jahre 350 Millionen erbracht. Eine Zwangsanleihe in zehnfacher Höhe würde also theoretisch derartige Milliardenbeträge abwerfen.

Die Verfechter dieser Ideen rechtfertigen eine solche Summe damit, daß ein entsprechender Kreditpielraum bei den Banken vorhanden sei und daß von der Reichsbank selbst nur der verhältnismäßig kleine Bargeldspitzenbedarf zu befriedigen wäre, während der

Großteil der Zahlungen bargeldlos abzuwickeln wäre. Ob Theorie und Praxis übereinstimmen, wird aber von den maßgebenden Praktikern und Theoretikern selbst bezweifelt. Obwohl die Reichsbank an dieser Frage nicht unmittelbar beteiligt ist, wird man ohne den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther keine Entscheidung treffen können. Wie verlautet, soll aber Dr. Luther schwerwiegende Bedenken geäußert haben, und auch die zuständigen Fachministerien scheinen übereinstimmend gegen den Plan einer Zwangsanleihe zu sein. Sie begründen ihre ablehnende Haltung außer mit den grundsätzlichen Einwänden gegen jede Zwangsanleihe damit, daß eine Entziehung von freiem Kapital unter den gegenwärtigen Verhältnissen den Wiederaufstieg der Wirtschaft entscheidend hemmen würden.

Bei Schluß der Redaktion erhalten wir folgende Drahtnachricht aus Berlin:

In den zuständigen Ministerien ist man heute vormittag mit den letzten Formulierungen an dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung beschäftigt, so daß es nachmittags in der Kabinettsitzung endgültig verabschiedet werden kann. Der Reichskanzler wird dann heute abend mit dem Fahrplanmäßigen Zug nach Münster fahren und das Wirtschaftsprogramm morgen mittags 12 Uhr in der Stadthalle in einer großen Rede vor dem westfälischen Bauernverein der Öffentlichkeit unterbreiten. Über den Inhalt des Programms wird von dem engen Kreis der wirklich unterrichteten Stellen absolutes Stillschweigen bewahrt. Es ist deshalb nicht möglich, positive und sichere Angaben zu machen. Was in der Presse bisher darüber geschrieben wurde, beruht auf Kombinationen. Es bleibt nichts anderes übrig, als bis morgen zu warten, dann erst wird man bestimmt erfahren, ob die Zwangsanleihe, die Zinsenkung und vielleicht auch Mietserleichterungen, von denen man neuerdings spricht, mit in dem Programm enthalten sind. Aus gut unterrichteten Wirtschaftskreisen verlautet, daß der Plan der Zwangsanleihe fallengelassen worden ist und dafür andere Maßnahmen in Aussicht genommen sind.

### Uebertritt der württembergischen Wirtschaftspartei zu den Deutschnationalen

Stuttgart, 26. Aug. Der Landesvorstand der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei), Landesverband Württemberg-Hohenzollern, hat beschlossen, diesen Landesverband aufzulösen. Der bisherige Landesvorstand tritt der Württembergischen Deutschnationalen Volkspartei bei und fordert seine Mitglieder in Württemberg-Hohenzollern auf, seinem Beispiel zu folgen.

### Falsche Gerüchte über ein Revirement im Außendienst

Berlin, 26. Aug. Eine Berliner Korrespondenz veröffentlicht eine Nachricht über ein angeblich bevorstehendes großes Revirement im auswärtigen Dienst. Von amtlicher deutscher Seite wird dazu mitgeteilt, daß es sich um halblöcher Gerüchte ohne jede Unterlage handelt.

### Die Teilnahme des Reichspräsidenten am Frontsoldatentag in Berlin

Berlin, 26. Aug. Wie wir hören, ist die Presse darstellung, als sei es bereits entschieden, daß der Reichspräsident nicht am Frontsoldatentag des Stahlhelms in Berlin teilnehmen wird, in dieser Form nicht richtig. Wenn der Reichspräsident in den fraglichen Tagen in Berlin ist, wird er in irgendeiner Form am Frontsoldatentag teilnehmen. Da aber noch gar nichts über eine Reise des Reichspräsidenten nach Berlin feststeht, ist die Frage seiner Teilnahme noch nicht entschieden.

### Die Gerüchte über die Reise des Reichspräsidenten nach Berlin

Berlin, 26. Aug. Zu den widersprechenden Meldungen über eine Reise des Reichspräsidenten nach Berlin wird von unterrichteter Seite folgendes mitgeteilt: Der Reichspräsident hat gelegentlich seinen Besuch auf dem Gelände des Reichsdenkmals in Berlin in Aussicht gestellt, und zwar für den Spätherbst. Die Gerüchte über eine im September stattfindende Reise des Reichspräsidenten geben zurück auf die Absicht der Reichsdenkmalkommission, einer Reise zur Besichtigung des Geländes für das Reichsdenkmal. Daß der Reichspräsident an dieser Reise teilnehmen werde, war niemals vorgesehen.

### Bracht sucht Material gegen das Reichsbanner

Berlin, 26. Aug. Der Berliner Polizeipräsident hat, wie die „Berliner Volkszeitung“ mitteilt, alle preussischen Landeskriminalpolizeistellen beauftragt, ihm genaue Mitteilungen über Aufbau, Organisation, Führer usw. des Reichsbanners und der Hammerfäustler zu machen. Zu dem Schreiben teilt der Polizeipräsident mit, daß ihn der Herr Minister des Innern beauftragt hat, für das ganze Staatsgebiet über das Reichsbanner zu berichten.

### Schwierigkeiten für die Begnadigung der Beuthener SA-Leute

Berlin, 26. Aug. An sonst gut unterrichteter Stelle wird das Nachrichtenbureau des DZ auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich für die kommissarische preussische Regierung in der Frage der Begnadigung der in Beuthen zum Tode verurteilten SA-Leute ergaben. Man könne damit rechnen, daß in der nächsten Woche die nötigen Unterlagen aus Beuthen in Berlin eingehen und daß die Angelegenheit dann sehr bald dem Kabinett unterbreitet wird. Dabei sei hervorzuheben, daß man im weiten Kreise der Öffentlichkeit vor Erlass der Terror-Notverordnung immer wieder mit Nachdruck verlangt habe, daß mit der ganzen Schärfe des Gesetzes gegen die Friedensbrecher vorgegangen werde. Die Regierung habe sich lange überlegt, ob sie diesem Verlangen entgegenkommen und zu dem Mittel der Entsetzung von Sondergerichten greifen solle. Nachdem aber die Sondergerichte gebildet seien, bilde man im Interesse rein sachlicher Gesichtspunkte ihre Wirksamkeit nicht dadurch wieder aufzuheben, daß man dauernd von dem Mittel der Begnadigung Gebrauch mache. Das sei weder dem inneren Frieden, noch der Staatsautorität dienlich. In der Tat wäre es daher, so argumentiert man weiter, für die kommissarische Regierung leichter, im Falle des Beuthener Urteils dem Rechte seinen Lauf zu lassen, als eine Begnadigung auszusprechen, die angesichts der Schwere der Tat außerdem nur in der Umwandlung in eine hohe Zuchthausstrafe bestehen könne. In diesem Zusammenhang wird auch wiederholt erklärt, daß sich die Regierung vorwiegend in einer amtlichen Vorlaufberatung gegen den Versuch wenden werde, den Justizuntersuchungsausschuß des Preussischen Landtages mit dem Beuthener Fall zu beschäftigen, solange dieses Verfahren schwebt. Es wird die Notwendigkeit unterstrichen, die Tätigkeit der Sondergerichte

### Auch Gahl und Schleicher fahren nach Neudorf

Berlin, 27. August. An der Reise des Reichskanzlers zum Reichspräsidenten nach Neudorf werden wahrscheinlich, wie der „Volkswacht“ erfahren haben will, auch Reichswehrminister von Schleicher und Reichsinnenminister von Gahl teilnehmen. Der Reichskanzler wird am Montagabend abfahren und frühestens am Mittwoch nach Berlin zurückkehren.

### Ein Vertrauensmann des Zentrums reist zu Hindenburg

Berlin, 27. August. In Berliner politischen Kreisen waren, wie die „D. U. B.“ meldet, am Freitag Gerüchte verbreitet, nach denen die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten über die Regierungsfrage im Reich plötzlich günstiger verlaufen seien, als bisher der Fall zu sein schien. Es dürfte zutreffen, so meint das Blatt, daß sich das Zentrum bei den Verhandlungen große Zurückhaltung auferlegt habe. Von Zentrumsseite sei offenbar nur das Finanz- und das Arbeitsministerium gefordert worden, für die Dr. Brüning und Stegerwald in Vorschlag gebracht worden seien. In diesem Zusammenhang verlautet, daß ein Vertrauensmann des Zentrums nach Neudorf zum Reichspräsidenten entsandt worden sei, um die Ansicht des Reichspräsidenten über eine etwaige Umbildung des Reichskabinetts zu sondieren.

### Vertagung des Reichstages auf eine Woche

Wahrscheinlich erwartet man, daß unmittelbar im Anschluß an den Erlass der Notverordnung der Konflikt zwischen Regierung und Reichstag ausbrechen werde. Dagegen ist jetzt eine Wenderung eingetreten. Der Reichstag wird zwar am Dienstag zusammentreten. Er dürfte sich aber sofort nach Verlesung des Namensverzeichnisses der Abgeordneten wieder vertagen, da das Zentrum mit Rücksicht auf den Katholikentag eine einwöchige Vertagung beantragen will. Die Nationalsozialisten haben anscheinend ebenfalls an der Vertagung Interesse, die unter diesen Umständen vielleicht sogar auf längere Zeit erfolgen dürfte. Es handelt sich bei alledem um eine Art Gegenaktion gegen die drohende Reichstagsauflösung. Vertagungen oppositioneller parlamentarischer Kreise gehen dahin, den sachlichen Konflikt insoweit nicht ausbrechen zu lassen, sondern die Durchführung eines künftigen Reichstags-

zusammentritts gegenüber der Regierung längere Zeit aufrechtzuerhalten, eventuell sogar, ehe ein Reichstagspräsidium gewählt worden ist.

Es ist unverkennbar, daß von nationalsozialistischen Unterhändlern sehr ernsthaft auf eine Verständigung mit dem Zentrum hingearbeitet wird. Den Nationalsozialisten liegt viel daran, eine Auflösung des Reichstages zu verhindern, durch die sie nicht zu gewinnen, sondern nach ihrem eigenen Urteil nur zu verlieren haben, und an die Macht zu gelangen, ehe es deutlich wird, daß sie den Höhepunkt ihres zahlenmäßigen Aufstiegs überschritten haben. Die Linie des Zentrums ist seit dem 31. Juli klar vorgezeichnet: Die Nationalsozialisten sollen an der Verantwortung beteiligt werden, aber die Verfassung soll unangefastet bleiben und vor Anschlägen gesichert sein. Auch das Zentrum scheint alle Verhandlungsmöglichkeiten in dieser Richtung erschöpfen zu wollen.

### Guter Fortgang der preussischen Koalitionsverhandlungen

Berlin, 26. Aug. Im Zusammenhang mit der Steigerung der politischen Spannung nach dem Beuthener Urteil war das Gerücht aufgetaucht, daß die preussischen Koalitionsbesprechungen ins Stocken geraten seien und daß für das Zustandekommen einer Verständigung zwischen Nationalsozialisten und Zentrum über die preussische Regierungsabildung vorläufig keine Aussicht bestände. Demgegenüber wird dem Nachrichtenbureau des DZ in gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen erklärt, daß die Koalitionsbesprechungen einen guten Fortgang nähmen, wenn man auch noch nicht auf den Tag genau absehen könne, wann sie beendet sein würden. Nach dieser von ernst zu nehmender Seite geäußerten Auffassung muß es weiterhin als wahrscheinlich gelten, daß der Vorkonvent des Preussischen Landtages sehr bald, vielleicht schon am kommenden Dienstag, die technische Frage zu entscheiden haben wird, wann die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung gesetzt werden kann.

### Nationalsozialistische Regierung in Thüringen

Weimar, 26. Aug. Der Landtag von Thüringen hat heute vormittag mit 34 Stimmen gegen 15 die neue Regierung gewählt. Sie setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident: Sautel (Nationalsozialist), Volksbildungsminister: Wächter (Nationalsozialist), Finanz- und Wirtschaftsminister: Würgermeister Marschner-Ohrdruf (Nationalsozialist). Der Landtag hat einen Staatsrat